



Wanderer

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Verkaufspreis: In Deutsch-Oberschlesien die einpaltige mm-Zeile 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM, für auswärtsige Anzeigen die einpaltige mm-Zeile 0,12 1/2 GM, im Reklameteil 0,50 GM. Amliche, Finanz- und Heilmittelanzeigen im Industriebezirk 0,20 GM, amliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. In Polnisch-Oberschlesien die mm-Zeile 0,10 bzw. 0,40 GM, umgerechnet nach dem jeweiligen Stande der poln. M. Angebots- und Auktionsvermittlung, 0,10 GM. Beilagen gebühr 4,- GM 100. Bei gerichtlicher Zwangsversteigerung, bei Konkurs oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Ränkespiel um Rhein und Ruhr

Genf, 17. Mai. (Privattelegr.) Wie die „Humanite“ meldet, haben die Vereinigten Sozialisten die Anfrage der kommunistischen Fraktion nach Unterstützung der kommunistischen Forderung betreffend Räumung der Ruhr ausweichend beantwortet. Die „Humanite“ glaubt, daß die französischen Sozialisten, wenn sie unter Herriot-Briand die Staatsleitung übernehmen, ebenso wenig sich an ihre bisherigen Versprechungen halten werden, wie es in England Macdonald hinsichtlich seiner Wahlzusagen betreffend Ruhr und Rhein getan hat.

Wo bleibt der Preisabbau?

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Preise vielfach höher wären, wenn nicht die Geld- und Kreditknappheit zum Absatz hinderlich wäre. Die Kreditbeschränkungen der Reichsbank im Zusammenhang mit der heftigen Beschäftigung auf dem Zwangsversteigerungs- und Versteigerungsgebiete sind ein Hindernis für den Preisabbau. Die Preisrückgänge würden sich bei der infolge der fallenden Kaufkraft der Löhne und Gehälter nachlassenden Nachfrage noch mehr geltend machen, wenn nicht die Schlüsselindustrien die Preise — durch den Kartellpostuliert — auf der Höhe halten würden. Die letzte Kohlenpreiserhöhung wurde am 4. Februar d. J. vorgenommen, die vorletzte am 1. Januar. Seit diesem Zeitpunkt wurden die Preise gehalten, welche über den englischen Kohlepreis liegen. Umso dringender ist die dem Kohlenproduzenten dienliche Gegenmaßnahme, nachzuweisen, daß die Preisrückgänge unter den Umständen liegen, welche die auf Grund sehr ansteigender Kapitalanlagen nach dem Maße der Nachfrage noch mehr geltend machen. Nicht anders ist es bei der Schwerindustrie, in der die Kohlenverbände in kurzer Zeit aufeinanderfolgende Erhöhungen der Preise vorgenommen haben, welche für die weiterverarbeitende Industrie eine schwere Belastung darstellen. Wie die Preisrückgänge liegen die deutschen Rohpreise 15 % über den englischen und erschweren die Ausfuhr. Die Preisrückgänge selbst beschränken die Kreditnot, die Preisrückgänge weiter, mit diesen die Preise — so wird die Schraube ohne Ende gedreht, eine Erleichterung an der weniger die vielfach unzureichenden Löhne und Gehälter als die wertlosen Paare der Schlüsselindustrien sind. Derselbe unheilvolle Einfluß der Kartelle auf die Preisbildung macht sich vor allem bei der Textilindustrie geltend. Die Textilpreise haben eine Höhe erreicht, welche für die Mehrheit des Volkes unerschwinglich ist und in diesem Ausmaße weder mit den Rohstoffpreisen noch mit den Schwereindustrien der Preisbildung begründet läßt. Auch hier sind es nicht die Geschäftskreise, die die Preisrückgänge herbeiführen, sondern es ist die starke Kartellpreispolitik, welche sich über die elementarsten Bedürfnisse der Volkswirtschaft ausbreitet. Man hört wohl schon seit langem, daß man sich im Reichswirtschaftsministerium mit der Revision der Kartellgesetzgebung beschäftigt. Wie lange aber sollen diese Vorarbeiten sich ausdehnen? Hier ist Gefahr im Verzuge, denn das Wirtschaftswesen trägt auf die Dauer eine solche Belastung nicht, am allerwenigsten einer Zeit, in der alle Kräfte zusammenstreben müssen, um die Stabilisierung der Währung zu erreichen.

Die Parteiberatungen

Berlin, 17. Mai. (Eig. Ber.) Die innerpolitische Krise hat im Laufe des gestrigen Abends eine Entspannung nicht erfahren. Die Beratungen der Führer der drei bürgerlichen Mittelparteien sind in der 7. Abendstunde als vorläufig beendet worden. Inzwischen sollen die Besprechungen der einzelnen Fraktionen fortgesetzt werden. Die Annäherungen zwischen Deutschen und Deutschen haben gestern weitere Fortschritte gemacht. Die wichtigsten Fragen der Neuwahl des Reichstages sind heute Parteien zu einer grundsätzlichen Verständigung gelangt.

Gegen Hannovers Abtrennung

Die Brenntreue der Ostpreisen. Berlin, 17. Mai. Die ostpreussische Presse hat, wie der amtliche preussische Pressebericht mitteilt, gegen die Abtrennung Hannovers den heftigsten Aufbruch erlassen. Die Ostpreisen haben die Reichstagswahlen am 4. Mai erneut im Ausbruch gebracht, daß sie Brenntreue sind und bleiben wollen und sie haben damit zugleich die im Verbands der preussischen Provinzen Hannover beizubehalten zu wollen.

Gegen das Gutachten

G. Berlin, 17. Mai. (Privattelegr.) Der deutschen Industriellen-Vereinigung, die den Kampf der Industrie gegen das Sachverständigen-Gutachten aufgenommen hat, haben sich bis Freitag früh 480 Industrielle des Reiches angeschlossen. Die deutschen Industriellen-Vereinigungen beabsichtigen in den nächsten Tagen die allgemeine Aufklärung der öffentlichen Meinung über die wirtschaftlichen Folgen des Expertengutachtens aufzunehmen.

Dr. Schacht in England Eine Annäherung an England

Ob. Rotterdam, 17. Mai. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus London: Der britische Wirtschaftspräsident Dr. Schacht war gestern Nachmittag Gast des englischen Schatzkanzlers. Am Abend besuchte Dr. Schacht auf Einladung des Lordkanzlers Salazar. Die gesamte Londoner Abendpresse erwidert in dem neuen Deutsch Dr. Schachts eine in Vorbereitung befindliche handelspolitische Annäherung Deutschlands an England.

Voraussetzungen des Rücktritts

G. Berlin, 17. Mai. (Privattelegr.) Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses steht sich länger hin, als man ursprünglich angenommen hatte. Daher wird bis zu den letzten Entscheidungen über die Regierungsbildung und über das Gutachten noch einige Zeit vergehen. Jedenfalls feiert der bisherige außenpolitische Kurs und die Annahme des Gutachtens im Reichstag zu sicher, bevor, das Kabinett eine Demission einbringen kann.

Steigerung der Lebenshaltungskosten

Berlin, 17. Mai. Der Stand der Lebenshaltungskosten (Beleuchtung, Bekleidung, Beheizung, Wohnung und Ernährung) beträgt nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Mittwoch den 14. Mai das 1.16 Millionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorkriegszeit (1.15) ist demnach eine Steigerung von 09 vom Hundert zu verzeichnen.

Spaltung der Demokraten

Berlin, 17. Mai. (Eig. Ber.) In der demokratischen Partei droht, wegen des geplanten großen Bürgerblocks die Spaltung. 11 Mitglieder der Fraktion haben gegen die Teilnahme der Fraktion an den Besprechungen über ein Zusammenarbeiten mit der Rechten Einspruch erhoben.

Berücksichtigung des Zwischenfalls

Berlin, 17. Mai. (Eig. Ber.) Wie wir erfahren, hat nach gestern Abend der in Berlin gebliebene erste Sekretär der russischen Gesandtschaft im Auswärtigen Amt einen scharfen Einspruch erhoben gegen die polizeilichen Durchsuchungen der Privatwohnungen eines Mitgliedes der territorialen russischen Handelsvertretung. Diese Durchsuchung hat bekanntlich gestern Nachmittag zur Wiederherstellung des russischen Konsulates in Moskau geführt. Damit ist neben dem ersten ein zweiter Konflikt mit Sowjet-Russland entstanden worden.

G. Berlin, 17. Mai. (Privattelegr.) Die erste Besprechung im Reichskabinett über die russische Note hat zu einer Entscheidung noch nicht geführt. Der Außenminister tritt, wie aus seinen nicht amtlichen Äußerungen zu entnehmen ist, dafür ein, daß kein Abbruch der Verhandlungen mit Russland erfolgen soll. Voraussichtlich wird die deutsche Antwort Gegenanschläge nach Moskau richten und einen Teil der russischen Forderungen annehmen, so die Maßregelung der politischen Beamten, die die Durchsuchung angeordnet haben.

Rundgebungen in Berlin

Berlin, 17. Mai. (Eig. Ber.) Gestern Abend wiederholten sich vor dem Polizeipräsidium die kommunistischen Straßendemonstrationen, jedoch gelang es der Polizei in allen Fällen die geplanten Zusammenkünfte zu verhindern.

Mobilmachung Rußlands

L. London, 17. Mai. (Eig. Ber.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die russische Mobilmachung im arabischen Stil an der beharabischen Grenze begonnen.

Wiederkehr Poincarés

R. Rotterdam, 17. Mai. (Privattelegr.) Der Courant meldet aus London: Bei Lloyd in London wurden am Montag geteilt für ein Kabinett Briand-Berriot in Frankreich 5 gegen 1 für eine Wiederkehr Poincarés bis Herbst d. J. 4 gegen 1.

Stützung des Franken

R. Rotterdam, 17. Mai. (Privattelegr.) Wie der Courant aus New York meldet, hat die Morganbank eine neue Stützungssaktion des Frankens empfohlen. Die Morganbank trete als Käuferin für alle angebotenen französischen Werte auf, um ein weiteres Sinken des Frankens durch das gestrige Angebot zu verhindern. Die Bank von Frankreich habe einen Kredit bei Morgan nachgefordert, über den noch verhandelt würde.

Der Franken fällt weiter

Ob. Rotterdam, 17. Mai. (Eig. Ber.) Der Courant meldet aus New York: Der gestrige Tag hat eine neue Abwärtsbewegung des französischen Franken gebracht. Er ging offiziell von 5,83 auf 5,79 und nachherlich bis auf 5,70 zurück.

Kein japanisch-französisches Bündnis

N. New York, 17. Mai. Der Plan eines japanisch-französischen Bündnisses ist, wie aus Tokio gemeldet wird, aufgegeben worden.

Amerika, der Weltbankier Der Dollar als Weltwährung

Genüber der Summe, die Europa heute Amerika (das vor dem Krieg England verdrängt hat) schuldet, ist der amerikanische Geldschatz unerschöpflich. Seit 1918 beträgt die Gesamtsumme der von europäischen Ländern und Kommunen in Amerika aufgenommenen Anleihen 1145 Millionen Dollar, davon sind nach Frankreich geliefert 276 Millionen Dollar, nach Großbritannien 143,38 Millionen Dollar. England zahlt 85 Prozent Zinsen, während Frankreich bei einem niedrigen Zinsfuß der Anleihen bis 8 Prozent zahlen muß, also so „sicher“ den Amerikanern erscheint wie etwa das in Valutasicht sich befindliche keine Dänemarek. Deutschland hat zwar aller Bemühungen und Anstrengungen seiner Regierungszweige in Amerika keine Anleihe unterbreiten können. Die Kriegsschulden und die Anleihehaftigkeit der nordamerikanischen Union hat aber keinen Einfluß auf den Goldschatz gehabt. Auch den „Angels“ der Bundesreservebank beträgt es 18 Milliarden Goldmark und ist die größte Deckung, die in der neueren Zeit einem Staate jemals zur Verfügung stand. Die Golddeckung des Dollars beträgt vor einiger Zeit schon 82 Prozent, dürfte aber inzwischen noch aufgenommen haben, jedoch sich in Amerika bereits aneignen einer Goldinflation bemerkbar machen. Die Diskontrate der Federal Reserve Bank ist jetzt von 4 1/2 auf 4 Prozent herabgesetzt worden, was beweist, daß die Bank der Geldmarkt außerordentlich flüssig ist. Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, daß bei gestörten wirtschaftlichen und politischen Zuständen, die die Möglichkeit der Rückzahlung bieten, die Anleihe amerikanischer Geldes in Europa ein sehr erwünschtes Geschäft ist, da der Zehntel mindestens doppelt so hoch als in der Union selbst sein wird und die Abwärtsbewegung durch gewisse Kontrollmaßnahme Amerika direkten Einfluß auf die Gestaltung der europäischen Konkurrenz erhält. Amerika hat jetzt ganz deutlich England zu verstehen gegeben, daß dessen Rolle als Bankier der Welt auf Amerika übergegangen ist. Die Bundesreservebank hat verlangt, im Falle der Not sollte statt des englischen Pfundes der Dollar als Währungsbeinheit der Welt aufgestellt werden und statt einer Pfundnot sollte die deutsche Goldnotenbank die Sicherer, nämlich die Dollarbank, erhalten. Dieser Vorschlag entspringt einer Entwicklung, die England nicht voraussetzt. Durch seinen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland hat es seine einträgliche Rolle als Bankier der Welt an Amerika abgeben müssen.

Gewerkschaftler im Reichstag

Von einem hervorragenden Führer der christlichen Gewerkschaften wird dem Oberschlesischen Wanderer geschrieben:

(?) Berlin, 16. Mai. Mehr als der vierte Teil der 471 Mitglieder des neugewählten Reichstags ist gewerkschaftlich organisiert. Der Hauptanteil kommt den freien Gewerkschaften und dem VFA-Bund zu; 83 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion gehören zu diesen. Vom deutschen Gewerkschaftsbund der christlichen Gewerkschaften gehört ein Mitglied zum Christlich-sozialen Block, 3 zur Bayerischen Volkspartei, 11 zur Deutschen Nationalen Volkspartei, 2 zur Deutschen Volkspartei, 16 zum Zentrum, Vom Gewerkschaftsbund VFA-Bund gehören 11 Mitglieder zu diesen 3 Vertretern als demokratische Abgeordnete in den Reichstag. Der „Nationalverband deutscher Sozialvereine“ hat 3 Abgeordnete zu Mitgliedern, während der ebenfalls gewählte Vorsitzende desselben Bundes der Vätergefehen mit diesem aus dem Nationalverband ausgeschlossen ist. Aus der staatlichen Zahl von 123 gewerkschaftlich organisierten Vertretern können die übrigen beruflichen Organisationen lernen, wie notwendig und vorteilhaft es ist, den Einfluß der Organisationen bei den politischen Parteien geltend zu machen.